

Pressemitteilung

12.11.2010

Ramsauers schamlose Schönrechnerei

Aktionsbündnis verurteilt frisierte Bewertung von Nutzen und Kosten der festen Fehmarnbeltquerung

Das vom Bundesverkehrsminister gestern für die feste Fehmarnbeltquerung vorgelegte Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von 6,7 zu 1 ist nach Ansicht des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung e.V. ein Paradebeispiel staatlicher Zahlentrickserei zur Volksverdummung.

Der Bundesverkehrsminister versuche ohne Scham ein Vorhaben schön zu rechnen, dessen NKV bei etwas genauerer Prüfung verheerend schlecht sei. "Genau genommen ist die nur noch als Gefälligkeitsgutachten zu bezeichnende Projektanalyse entweder schlampig gemacht oder im Auftrag des Verkehrsministeriums zur vorsätzliche Täuschung der Verkehrs- und Haushaltsausschüsse erstellt worden", so Hendrick Kerlen, Stellvertretender Sprecher des Aktionsbündnisses. Methodisch fehle ein Abgleich mit der echten "Null-Lösung", d.h. der bestehenden Bahnverbindung von Hamburg über Flensburg nach Ostdänemark und Schweden.

Zudem gingen die Gutachter nach wie vor von nur lediglich 817 Mio. Euro Investitionskosten für den Ausbau der Bestandstrasse aus. Die Baukosten für die feste Querung (5,1 Mrd. Euro) sowie für die dänische Bahnanbindung (1,2 Mrd. Euro) unterschlug man bei der Bewertung, rechne dann aber mit dem gesamten Nutzen der Bahnverbindung bis nach Kopenhagen. Die Kosten für die volle Ertüchtigung der Bestandstrasse Lübeck-Puttgarden werde bereits vom Bundesrechnungshof auf 1,7 Mrd. Euro geschätzt. Für den Bau der von der Bevölkerung vehement geforderten neuen Bahntrasse Lübeck-Puttgarden bezifferten Fachleute die Kosten mit etwa 2,5 Mrd. Euro. Bei vollständiger Berücksichtigung aller Kosten kommt man schnell auf NKV-Werte, die im Bereich von 2 und sogar unter Eins liegen. Bei einem Projekt mit einem NKV von 2 geht die Praxis davon aus, dass es zwar noch wirtschaftlich lohnend sein kann, aber wegen der vorherrschenden Haushaltsbeschränkungen kaum finanzierbar ist.

Bei ihren Ergebnissen haben die Gutachter auch nicht seine erheblichen sozialen Kosten in der Region Ostholstein berücksichtigt, die durch den Verlust von 2.800 bis 3.800 Arbeitsplätzen im Tourismus und Handel, sowie durch Immobilienwertverluste sowie Gesundheitsschäden entstehen. Auch die Kosten der vom Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags geforderten Beseitigung des Verkehrseinganges Fehmarnsundquerung sind in dem Gutachten unberücksichtigt geblieben. Wenn Minister Ramsauer wage, eine derartige Verzerrung der Projekt-Wirtschaftlichkeit zu präsentieren, um staatlichen Planungsirrsinn zu kaschieren, darf er sich nicht über das Aufbegehren des Bürgers auf der Strasse wundern", so Bau- und

Wirtschaftsingenieur Kerlen.

Das Aktionsbündnis verurteilt den obrigkeitlichen Verdummungsversuch gegenüber dem Bundestag und der Öffentlichkeit und fordert den Bundesverkehrsminister erneut nachdrücklich dazu auf, endlich eine ehrliche, gründliche und ergebnisoffene Neubewertung des Projekts zu veranlassen.

Wie beim „Stuttgarter Faktencheck“ werde sich die Allianz der Bürgerinitiativen für die von der Kanzlerin beim Thema Fehmarnbelt geforderten Mediation einsetzen."

Spätestens dort werden wir diese völlig lächerlichen Versuche der Bundesregierung enttarnen, das für Deutschland vollkommen überflüssige Projekt so plump rechtfertigen zu wollen", so Kerlen.

Kontakt Hendrick Kerlen

Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung e.V.